Richtlinie über Unterhaltsleistungen im Bereich der stationären Jugendhilfen beim Amt für Kinder, Jugend und Familie Garmisch-Partenkirchen für junge Menschen

A.) Vorbemerkungen

Nach § 39 Abs.1 SGB VIII ist bei stationären Jugendhilfen (auch im Rahmen der jugendhilferechtlichen stationären Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII) der notwendige Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen außerhalb des Elternhauses durch das Amt für Kinder, Jugend und Familie sicherzustellen. Er umfasst die Kosten für den Sachaufwand sowie für die Pflege und Erziehung des Kindes oder Jugendlichen. Über § 41 Abs.2 SGB VIII gilt dies auch für junge Volljährige. Der gesamte regelmäßig wiederkehrende Bedarf soll nach § 39 Abs.2 SGB VIII durch laufende Leistungen gedeckt werden. Sie umfassen auch einen angemessenen Barbetrag zur persönlichen Verfügung des Kindes oder des Jugendlichen.

Die altersgestaffelte Höhe des Barbetrages wird in den Fällen der Unterbringung in einer Einrichtung vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit, Familie und Sozialordnung festgesetzt. Hierauf hat das Amt für Kinder, Jugend und Familie Garmisch-Partenkirchen keinen Einfluss.

Im Falle einer Unterbringung in einer Pflegefamilie bestimmt die Pflegefamilie die Höhe des Taschengeldes, da diese familiär unterschiedlich ausgestaltet wird.

In Einrichtungen wird der Unterhalt somit im Wesentlichen durch die Einrichtung sichergestellt. Die einzelnen Komponenten des laufenden Unterhalts sind dabei im Entgeltsatz inkludiert, sofern es sich nicht um atypische Kosten handelt.

In einer Pflegefamilie wird der laufende Unterhalt im Wesentlichen durch die Pflegepauschale sichergestellt, sofern sie ebenfalls nicht atypischer Natur sind.

Das Amt für Kinder, Jugend und Familie Garmisch-Partenkirchen richtet sich bezüglich der Pflegepauschale der Höhe nach an die - in der Regel jährlich angepassten - Empfehlungen des Bayerischen Landkreis- und Städtetags. Die Pflegepauschale besteht hierbei aus dem doppelten altersgestaffelten gesetzlichen Mindestunterhalt für den jungen Menschen und einem Erziehungsanteil für die Pflegeeltern. Dies gilt auch für die übrigen Empfehlungen zu Art, Beginn, Ende, etc. Hinsichtlich der Kürzung der Pflegepauschale bei Verwandtschaftspflegen wird auf den Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 21.06.2017, wonach ein Abzug in der Regel nicht mehr vorgenommen wird.

Nach § 39 Abs.3 SGB VIII können darüber hinaus auch einmalige Beihilfen oder Zuschüsse insbesondere zur Erstausrüstung einer Pflegestelle, bei wichtigen persönlichen Anlässen sowie für Urlaubs- und Ferienreisen des Kindes oder des Jugendlichen gewährt werden. Diese Regelungen gelten grundsätzlich auch für Kinder in Bereitschaftspflegefamilien, da der - wenn auch erhöhte Satz - während der Inobhutnahmen z.B. nicht einen Bekleidungsbedarf als Erstausrüstung decken kann.

Die folgenden Leistungen sollen die unbestimmten Rechtsbegriffe in den Vorschriften konkretisieren und im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeit des Ausübens von Ermessen als ermessenlenkende Verwaltungsvorschriften für das Amt für Kinder, Jugend und Familie Garmisch-Partenkirchen angesehen werden. Ggf. weitere, hier nicht aufgezählte mögliche Ansprüche sind im Einzelfall mit dem Fachbereichsleiter der Wirtschaftlichen Jugendhilfe zu besprechen.

Die im folgenden genannten Beträge sind, sofern sie auf Nachweis und nicht als Pauschalbeträge gewährt werden, Maximalbeträge.

B.) Einmalleistungen nach § 39 Abs.3 SGB VIII

1.) Erstausrüstung der Pflegestelle mit Mobiliar und Ähnlichem:

1.000,00 € einmalig (auf Antrag mit Nachweis nur bei Pflegefamilien)

Altersunabhängig im Gegensatz zu den Empfehlungen des Bayerischen Landkreistags. Der Begriff der Erstausrüstung ist bzgl. der Gegenstände weit auszulegen und kann innerhalb von 3 Jahren nach Beginn des Pflegeverhältnisses (auch in mehreren Teilen) ausgegeben werden. Im Falle einer Bereitschaftspflege ist der Betrag nicht kindbezogen, sondern pflegestellenbezogen zu gewähren.

2.) Bekleidungserstausrüstung

500,00 € einmalig (auf Antrag mit Nachweis)

Altersunabhängig im Gegensatz zu den Empfehlungen des Bayerischen Landkreistags, sofern keine angemessene Bekleidung für das Kind zu Beginn der Jugendhilfe (mehr) vorliegt. Die Bekleidung kann innerhalb von 6 Monaten nach Beginn der Unterbringung (auch in mehreren Teilen) ausgegeben werden. Der laufende Bekleidungsbedarf ist bei Pflegekindern mit der Pflegepauschale abgedeckt. Bei Unterbringung in einer Einrichtung: siehe unten bei 2.c.) zum laufenden Bedarf.

3.) Religiöse Feiern als wichtiger persönlicher Anlass:

100,00 € jeweils einmalig (auf Antrag mit Nachweis)

Hierzu gehören Taufe, Kommunion, Firmung, Konfirmation und Ähnliches. Der Nachweis ist nur bezüglich des Anlasses, nicht hinsichtlich etwaiger Ausgaben notwendig (also z.B. Taufurkunde).

4.) Einschulung als wichtiger persönlicher Anlass:

200,00 € einmalig (ohne Antrag ohne Nachweis nur bei Pflegefamilien)

Wird im August nach Vollendung des 6. Lebensjahres des Pflegekindes mit der Pflegepauschale bezahlt. Auf Hinweis der Pflegeeltern (z.B. frühere oder spätere Einschulung) wird der Betrag im entsprechenden Einschulungsjahr bezahlt. Hiermit soll insbesondere auch der Mehraufwand bei der Einschulung kompensiert werden; in Einrichtungen ist der schulische Kostenaufwand im Entgeltsatz inkludiert.

5.) Computer nebst Zubehör

350,00 € einmalig (auf Antrag mit Nachweis)

Sofern der Computer für den Schulbetrieb oder die Ausbildung unabdingbar ist, werden diese Kosten übernommen. Im Rahmen etwaigen Home-Schoolings werden analog der Weisungen im Bereich des SGB II/SGB XII diese Kosten ebenfalls übernommen, soweit und solange kein anderer Träger für die Kosten aufkommt.

6.) Fahrrad nebst Helm

150,00 € einmalig (auf Antrag mit Nachweis)

Ersatzbeschaffungen bzw. ein neues Fahrrad aufgrund Wachstums werden nicht übernommen.

7.) Kraftfahrzeug

500,00 € einmalig (auf Antrag mit Nachweis)

Nur wenn das Kraftfahrzeug die einzige Möglichkeit ist, die Ausbildungsstelle zu erreichen bzw. mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur mit unzumutbarem Zeitaufwand zu erreichen ist (Anhaltspunkt: Fahrten mit dem öffentlichen Verkehrsmitteln dauert über 1h einfach und mit dem PKW weniger als die Hälfte). Weitere Kosten wie Versicherungen, Steuer und Reparaturen werden nicht übernommen.

8.) Führerschein

1.000,00 € einmalig (auf Antrag mit Nachweis)

Übernahmemöglichkeit entsprechend wie bei Kraftfahrzeug unter 1.f.).

9.) Sehhilfe

50,00 € einmalig für Brillengestell (auf Antrag mit Nachweis)

Bei Minderjährigen umfassen die Kosten lediglich das Brillengestell, da die Gläser hier von der Krankenkasse übernommen werden. Bei Volljährigen müssen auch die Kosten von einfachen Gläsern (Höhe einzelfallabhängig) übernommen werden. Es ist immer darauf zu achten, ob nicht auch bei Volljährigen die Krankenkasse die Kosten der Gläser übernimmt (Stand 2021 ist dies bei Dioptrien >6 bzw Dioptrien >4 bei Hornhautverkrümmung oder Sehfähigkeit <30% der Fall).

10.) Ausstattung für Berufsanfänger

1.000,00 € einmalig (auf Antrag mit Nachweis)

Grundsätzlich hat der Betrieb bei einer Ausbildung die Werkzeuge und Werkstoffe zu stellen, die zur Berufsausbildung notwendig sind. Etwas anderes ergibt sich z.B. bei nicht zwingend gesetzlich vorgeschriebener, aber im praktischen Betrieb erforderlicher Berufsbekleidung.

11.) Verselbständigungshilfen am Ende der Hilfe

1.000,00 € einmalig (auf Antrag mit Nachweis)

Bei Auszug aus der Pflegefamilie oder der Einrichtung zur Ausstattung der eigenen Wohnung, sofern nicht ein anderer Träger (z.B. Jobcenter) für die Erstaussattung übernehmen muss. Mit dieser Verselbständigungshilfe können Gegenstände, aber auch die Kautionszahlung bezahlt werden. Das Geld kann im Voraus erbracht werden. Als nachträglicher Nachweis genügt es, Rechnungen vorzulegen, dass das Geld hauptsächlich für die Wohnung verwendet wurde (Pauschale mit teilweiser Nachweispflicht).

12.) Weihnachtsbeihilfe

7% der Pflegepauschale jährlich (ohne Antrag nur bei Pflegefamilien)

Entsprechend der Empfehlungen des Landkreistags. Es handelt sich um eine Sonderzuwendung an die Pflegeeltern (welche natürlich hierüber frei verfügen können), sodass diese bei Kindern in Einrichtungen nicht gewährt wird. Bei Bereitschaftspflegen wird diese nicht gewährt.

13.) Klassenfahrten/Schulausflüge

Gesamtkosten jeweils einmalig(auf Antrag mit Nachweis)

Analog zu den Sozialleistungen im SGB II/SGB XII/WoGG/KiZ/AsylbLG werden die Kosten in voller Höhe übernommen, da dies ansonsten eine gewisse Schlechterstellung gegenüber Kindern in diesen Sozialleistungssystemen bedeuten würde

14.) Urlaub mit der Pflegefamilie

150,00 € jährlich (auf Antrag nur bei Pflegefamilien)

Als Nachweis genügen Rechnungen/Quittungen, dass der Urlaub tatsächlich verbracht wurde (Hotel- und/oder Restaurantrechnungen bzw. Ähnliches, aber auch Beförderungskosten)

15.) Soziale und kulturelle Teilhabe

180,00 € jährlich (auf Antrag mit Nachweis)

Analog zum Bildungs- und Teilhabepaket der anderen Sozialleistungssysteme für Sportvereine, Sportkurse, Musikschulen und Ähnlichem. Kosten für Gegenstände, die für die Ausübung erforderlich sind, werden nicht übernommen, da diese im laufenden Unterhaltsbedarf enthalten sind. Bei Kindern in Einrichtungen können Leihgebühren übernommen werden.

16.) Sonderfall: Leistungen in gemeinsamen Wohnformen nach § 19

300,00 € einmalig für Schwangerschaftsbekleidung (auf Antrag mit Nachweis)

500,00 € einmalig je Kind als Erstausrüstung Bekleidung (auf Antrag mit Nachweis wie bei 2.)

1.000,00 € einmalig für die Wohnungserstausrüstung (auf Antrag mit Nachweis wie bei 11.)

evtl. Kautions in voller Höhe (auf Antrag mit Nachweis)

Die Wohnungserstausrüstung kommt insbesondere bei teilbetreuten gemeinsamen Wohnformen in Betracht, wenn die Leistungsvereinbarung die Anmietung einer Wohnung beim Träger vorsieht. Es werden daneben dann meist auch Regelsätze und nicht mehr der reine Barbetrag (siehe Vorbemerkungen), sowie die Mietkosten von der Jugendhilfe übernommen. Die meisten laufenden Bedarfe (siehe auch unter C. sind dann damit ebenfalls abgedeckt) Nachdem das SGB VIII eine entsprechende Regelung wie im SGB II/XII auf darlehensweise Übernahme der Kautions nicht kennt, sind diese als Zuschuss zu übernehmen. Eine erneute Verselbständigungshilfe nach 11. ist bei Auszug jedoch nicht mehr zu übernehmen, da schon das Mobiliar weitestgehend vorhanden ist und der Rest mit der Kautions gekauft werden kann.

C.) Atypische laufende Leistungen nach § 39 Abs.2 Satz 1 bzw. § 39 Abs.4 Satz 1 SGB VIII

1.) Nachhilfe

20,00 € pro Stunde (auf Antrag mit Nachweis)

Der Umfang ist dabei individuell zu ermitteln. Nach der neuesten Gesetzeslage kommt es auf eine konkrete Versetzungsgefährdung nicht mehr an, wobei Nachhilfeunterricht nicht einen optimalen Schulabschluss zum Ziel haben kann. Nach spätestens einem Jahr muss verstärkt darauf geachtet werden, ob eine Weiterbewilligung noch sinnvoll ist und nicht ein Wechsel der Schulart in Betracht kommen sollte. Vorher müssen alle schulischen Möglichkeiten ausgeschöpft worden sein. Es ist eine pädagogische Stellungnahme (z.B. des Klassenlehrers) erforderlich, in welchem Umfang die Nachhilfestunden erforderlich sind. Der Zuschuss beträgt maximal 20,00 EURO pro Stunde.

2.) Beitrag für Kindertageseinrichtung/Tagespflege

ab zweitem Lebensjahr immer Kosten von 5-6 Stunden täglich (auf Antrag mit Nachweis)

Kinder haben ab dem ersten Lebensjahr grundsätzlich einen Anspruch auf Betreuung in einer Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege. Dabei spielt es auch keine Rolle, ob die Unterbringung bereits in einer Vollzeitpflegefamilie oder gar in einer Mutter-Kind-Einrichtung erfolgt. Wenn eine Buchung darüber hinaus beantragt wurde, ist dies wie bei der Übernahme von Beiträgen im Rahmen des § 90 Abs.4 SGB VIII begründet zu erläutern (z.B. Arbeit, Pflege, besonderer Förderbedarf des Kindes). Die Beiträge werden direkt an die Pflegeeltern bezahlt bzw. von der Einrichtung mit auf der Heimrechnung aufgelistet.

3.) laufender Bekleidungsbedarf

500,00 € jährlich (auf Antrag mit Nachweis nur in Einrichtungen)

Die Höhe des laufenden Bekleidungsbedarfs im Regelsatz beträgt altersabhängig derzeit zwischen 38,00 € und 45,00 € monatlich. Aus Verwaltungsvereinfachungsgründen werden deswegen altersunabhängig maximal 500,00 € jährlich gewährt. Dies gilt jedoch nur für junge Menschen in Einrichtungen, da der laufende Bekleidungsbedarf in der Pflegepauschale enthalten ist.

Im Jahr des Einzugs wird nur die Bekleidungserstausstattung nach B.2.) gewährt. Bis zum Halbjahr soll lediglich die Hälfte bewilligt und ausbezahlt werden. Endet die Hilfe vor dem 01.07. eines Jahres, werden auch nur maximal 250,00 € bewilligt. Sofern das Ende der Hilfe nach dem 01.07. feststeht, werden nur noch für jeden Monat der Bewilligung nach dem 01.07. maximal 50,00 € zusätzlich gewährt bis maximal 500,00 €).

Im Falle der Gewährung eines Regelsatzes (z.B. gemeinsame Wohnform, Betreute Wohnform, Hilfe nach § 13 Abs.3 SGB VIII) werden die Leistungen nicht gesondert übernommen

4.) Dolmetscherkosten

maximal jeweils gültiger Satz nach dem JVEG (auf Antrag und auf Nachweis)

Kosten werden in tatsächlicher Höhe übernommen, sofern sie erforderlich sind, um den Hilfeplanprozess gestalten und planen zu können. Dies gilt entsprechend auch für erforderliche Deutschkurse

5.) Fahrtkosten

günstigste Fahrkarte des ÖPNV, ansonsten 0,35 € / km (auf Antrag und auf Nachweis)

Notwendige Fahrtkosten z.B. zur Ausbildungsstelle, Besuchskontakte des Pflegekindes mit leiblichen Eltern, Vorstellungsgespräche, Passbeschaffungen, Anbahnung von Pflegeverhältnissen von werdenden Pflegeeltern.

Vorrangig sind öffentliche Verkehrsmittel in Anspruch zu nehmen außer bei Unzumutbarkeit oder wenn die Fahrt mit dem PKW in der Natur der Sache liegt (z.B. Anbahnung von Pflegeverhältnissen)

6. Altersvorsorgebeiträge und Unfallversicherungsbeiträge in Pflegefamilien

entsprechend der jeweils gültigen Empfehlung des Landkreistags (auf Antrag und auf Nachweis)

Auf die immer jeweils gültigen Empfehlungen hinsichtlich der Ausgestaltung und der Höhe der Altersvorsorgebeiträge wird Bezug genommen. Im Falle eines Sinkens des gesetzlich festgelegten hälftigen Mindestvorsorgebeitrags wird der bestehende Betrag beibehalten.

Neben den gesetzlich vorgeschriebenen (evtl. anfallenden) Beiträgen der Unfallversicherung für die Pflegeeltern werden zur Absicherung des Pflegekindes in der Pflegefamilie auch die Beiträge zur Unfallversicherung des Pflegekindes übernommen. Bzgl. der Haftpflichtversicherung besteht eine Sammelversicherung beim Landratsamt.

7.) Sonderfall: Krankenhilfe

Die Jugendhilfe hat nach § 40 SGB VIII die Krankenhilfe sicherzustellen. Dies erfolgt in der Regel durch die Familienversicherung in der gesetzlichen Krankenkasse eines Elternteils. Bei unbefristeten Vollzeitpflegeverhältnissen wird das Pflegekind bei einem Pflegeelternanteil familienversichert.

Sofern eine Familienversicherung bei keinem Elternteil (bzw. auch Pflegeelternanteil) möglich oder unzumutbar ist (z.B. Kontaktverbot mit dem noch möglichen Elternteil, bei dem eine Familienversicherung möglich wäre), kommen folgende Möglichkeiten in Betracht:

- Übernahme der Kosten einer freiwilligen gesetzlichen Versicherung (sofern gesetzlich möglich)
- Übernahme der Kosten einer privaten KV (z.B. bei nicht gesetzlich versicherten (Pflege-)Eltern; sofern die Eltern im Falle einer Unterbringung die privaten KV-Beiträge weiter zahlen, sind die Beiträge bei der Kostenbeitragsberechnung als KV-Beiträge abzusetzen)
- Übernahme der Kosten durch Ausstellen von Krankenscheinen

Die Beiträge zur (ggf. auch privaten) Pflegeversicherung sind als Annex gemäß § 21 SGB IX (bei privaten analog) zu übernehmen.

Schulmedizinisch nicht anerkannte Verfahren (z.B. Heilpraktiker, Homöopathie) werden nicht finanziert.

D.) Inkrafttreten

Diese ermessenslenkende Verwaltungsvorschrift tritt am 01.01.2022 in Kraft und ersetzt unter anderem auch die alte Richtlinie zum Inhalt der Pflegepauschale und den Zusatzleistungen gemäß des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses vom 23.05.2019.